

2010-10-21

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 09.09.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Koschig begrüßte die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Bönecke begrüßte ebenfalls die Mitglieder und Gäste beider Ausschüsse und stellte die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses mit ebenfalls 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Die Istzahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung wurden bei Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Bönecke erfragte zur vorliegenden Tagesordnung Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche.

Herr Giese-Rehm beantragte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 4.2.1. – hier die Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger im Rahmen der Anpassung an die demographische Entwicklung in Höhe von 100.000 EUR. Der Antrag wurde darin begründet, dass hier zwei Varianten aufgeführt wurden, ohne dass sich die Verwaltung für eine der beiden Varianten positioniere bzw. den Vorschlag begründe. Es werde lediglich dargestellt, dass es dafür erforderlich ist, den Bereich der Kinder- und Jugendfreizeit nach verschiedenen Punkten zu analysieren ohne darzustellen, ob, wann, durch wen und in welchem Zeitrahmen dies erfolge. Er sehe die Möglichkeit einer Einsparung in diesem Bereich in dieser Größenordnung nicht, ohne die Arbeitsfähigkeit zu gefährden.

Herr Weber sprach sich gegen den Antrag aus. Die Thematik sollte auf jeden Fall heute diskutiert werden. Inwieweit eine Beschlussfassung möglich sei, sollte man im Ergebnis dieser entscheiden.

Der Antrag von Herrn Giese-Rehm auf Streichung des TOP 4.2.1 – Haushaltskonsolidierung 2010 in der Haushaltsstelle 4515.76010 Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger im Rahmen der Anpassung an die demographische Entwicklung in Höhe von 100.000 EUR wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss	1/6/1 – abgelehnt
Finanzausschuss	1/4/2 – abgelehnt

Der Antrag von Herrn Giese-Rehm wurde abgelehnt.

Die Ausschussvorsitzenden stellten die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	7/0/1 - mehrheitlich
Finanzausschuss:	6/0/1 - mehrheitlich

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Es wurden keine Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

4. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

Herr Koschig verwies an dieser Stelle an die Festlegung aus der Sitzung am 07.09.2010 die Beschlussfassung der Beschlussvorlagen nach Beratung durch den Kulturausschuss am 08.09.2010 betreffend und rief die entsprechenden Vorlagen vom 07.09.2010 zur Beschlussfassung auf.

1. DR/BV/320/2010/V-40

- Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung Vorschlag Nr. 56070
- Sportplatz Große Schaftrift

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses Kultur, Bildung und Sport:

7/0/0 - einstimmig

Es wurden keine weiteren Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gebracht.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	8/0/0 – einstimmig
Finanzausschuss:	6/0/1 – mehrheitlich

2. DR/BV/321/2010/V-40

- Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung Vorschlag Nr. 56010 Verpachtete kommunale Sportstätten Einsparung bei den Zuschüssen in Höhe von 93.100 EUR gegenüber dem Planansatz 2009

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses Kultur, Bildung und Sport:

0/8/0 – abgelehnt

Herr Weber brachte zum Ausdruck, dass er die Zögerlichkeiten in Bezug auf diese Thematik nicht nachvollziehen könne. Er sehe hier die Vereine mehr in der Verantwortung. Auf Dauer könne die Stadt die kommunalen Sportstätten unter den bestehenden Bedingungen nicht halten. Es gehe hier nicht um „Kahlschlag“ sondern vielmehr um Zuschussreduzierung in vertretbarem Maße.

Frau Storz erklärte, dass ihre Fraktion der Kürzung der Zuschüsse gegenüber dem Planansatz 2009 nicht zustimme. Im Gegenzug dazu werde eine Änderung des Beschlussvorschlages dahingehend beantragt, die Zuschüsse der Haushaltsjahre 2010 und 2011 auf das Niveau des Haushaltsjahres 2009 festzuschreiben, so dass die Vereine eine gewisse Planungssicherheit erhalten.

Herr Bönecke stimmte den Ausführungen des Herrn Weber im Besonderen und auch unter einem anderen Gesichtspunkt ausdrücklich zu. Dieser Vorlage sei eine Übersicht der an Vereine verpachteten Sportstätten einschl. Angaben zu den städtischen Zuschüssen beigefügt. Einige Vereine seien darunter, die von der Sache her einem kostenintensiven Sport nachgehen, wie beispielsweise der Yachtclub, die Schützengilde u. a. Hier stelle sich die berechtigte Frage, ob diese Vereine schon aufgrund ihrer relativ hohen Mitgliedsbeiträge die Bewirtschaftung nicht aus eigener Kraft übernehmen können. Er sehe an dieser Stelle die mit dieser Vorlage vermutete „Rasenmähermethode“ nicht als gegeben an, sondern vielmehr den Prüfauftrag an den Fachbereich tatsächlich zu hinterfragen, ob diese Beiträge nicht durch gänzliche Streichung bei Einzelnen zu erbringen seien. Er würde diese Vorlage auch durchaus so verstehen wollen, dass beispielsweise Vereine, die sehr aktiv und sehr umfangreich Kinder- und Jugendarbeit leisten davon ausgenommen werden, während andere Vereine einen höheren Beitrag leisten müssen. Er plädierte ausdrücklich dafür, dass der Fachbereich die Bezuschussung unter diesem Gesichtspunkt überprüfe. Im Ergebnis dieser Betrachtung der Thematik könne er dieser Beschlussvorlage zustimmen, letztlich auch um die Leitplanken der Haushaltsführung nicht zusätzlich einzuschränken und zu gefährden.

Frau Andrich stimmte der Sichtweise des Herrn Bönecke vom Grundsatz her zu. Allerdings sei damit die Voraussetzung verbunden, dass mit den Vereinen im Vorfeld gesprochen werde und dass den Vereinen dann entsprechende Technik zur Bewirtschaftung der Anlagen zur Verfügung gestellt werde. Hier müsse abgeprüft werden, welchen finanziellen Umfang das für die Stadt bedeuten würde.

Herr Weber machte an dieser Stelle auf den Grundsatz bei Zuwendungen aufmerksam. Grundsatz bei allen Zuwendungen sei, dass Notwendigkeit und Angemessenheit geprüft werden müsse und der stimmte den Ausführungen von Frau Andrich zu, dass mit den Vereinen vorher gesprochen werden müsse. Die Stadt müsse dort Unterstützung leisten, wo dies nicht aus eigener Kraft möglich sei. Pauschale Kürzungen wären falsch.

Frau Storz nahm Bezug auf die Betriebskosten, für die die Bezuschussung gedacht sei und erinnerte daran, dass alle Vereine über die hier gesprochen werde Kunden der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH seien.

Wenn an dieser Stelle Kürzungen vorgenommen werden und die Vereine dadurch in eine Notsituation geraten, dann belaste man damit auch die DVV beispielsweise mit ausstehenden Rechnungen und dem Defizit des Vereins insgesamt. Sie erinnerte an dieser Stelle an ihren Antrag, den sie zur Abstimmung gebracht wissen wolle.

Diesbezüglich hinterfragte **Herr Bönecke** den Antrag dahingehend, ob die Zuschüsse für 2010 und 2011 auf das Niveau der geplanten oder in Anspruch genommenen Zuschüsse festgeschrieben werden sollen.

Frau Storz erwiderte, dass dies der Entscheidung des Fachamtes bzw. des Stadtsportbundes überlassen bleibe. Die Funktionsfähigkeit der Vereine müsse gewährleistet werden.

Herr Ehm erklärte, dass die Informationen der Vorlage zu undifferenziert seien. Problematisch seien tatsächlich die Ausgaben für Strom, Fernwärme und Wasser ganz allgemein, die unabwendbar seien und den Sportbetrieb wesentlich beeinflussen oder ganz und gar unmöglich machen würden. Dies müsse differenzierter betrachtet werden.

Herr Weber erklärte, dass nach seiner Kenntnis die hier aufgeführten Vereine zwischen 20.000 und 25.000 Nutzer betreuen. Bei einer Annahme von 3,00 EUR pro Nutzer, die der Verein für die Bewirtschaftung selbst aufbringen müsse, sei die Aufregung nicht nachvollziehbar. Diese Größenordnung sei für einen Verein, für die Nutzer und auch Mitglieder nach seiner Meinung erträglich.

Herr Giese-Rehm erinnerte hier an die Aussage des Oberbürgermeisters, dass die Stadt in Notsituationen nach Einzelfallprüfung den Vereinen zur Seite stehen werde. Dies sei seiner Meinung nach eine wichtige positive Festlegung, die den Übergangszeitraum für die Vereine in gewisser Weise planungssicher gestalte. Wichtig in diesem Entscheidungsprozess sei, dass genauestens die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Vereine betrachtet werden müsse und Kostensteigerungen innerhalb der Vereine in verträglichem Maße vorgenommen werden. Dies müsse aber auch Möglichkeiten beispielsweise für bedürftige Kinder und Jugendliche offenhalten.

Frau Storz nahm nochmals Bezug auf ihren Antrag und die Nachfrage hinsichtlich der Festlegung des Zuschussniveaus und schlug nach Abstimmung mit dem Fachamt vor, die Ist-Inanspruchnahme aus dem Jahr 2009 für die Jahre 2010 und 2011 festzuschreiben.

Herr Maloszyk stimmte den Aussagen von Herrn Weber zu, dass es hier für die Vereine um maßvolle und erträgliche Größenordnungen zur Erwirtschaftung der Beiträge aus eigener Kraft gehe. Zusätzlich sollte, wie von Herrn Bönecke vorschlagen, der tatsächliche Zuschussbedarf an sog. elitäre Vereine überprüft werden. Wichtig sei auch nach seiner Meinung, dass man den Kinder- und Jugendsport, aber auch den Seniorensport unterstütze.

Herr Koschig erinnerte an dieser Stelle an die bereits vor Jahren angedachte Betriebskostenpauschale, was leider an den fehlenden gesetzlichen Grundlagen gescheitert sei. Man habe aber dann den Vereinen immer wieder empfohlen, eine solche Betriebskostenpauschale von den Mitgliedern zu erheben. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ziehe immer zusätzliche Kosten u. a. der Berufsgenossenschaft oder des Stadtsportbundes nach sich. Diese Betriebskostenpauschale verbleibe im Verein und bewirke das, was der Großteil der Stadträte empfehle, nämlich die stärkere Beteiligung der Mitglieder an den Betriebskosten, um dadurch möglicherweise auch ein Umdenken bezüglich der Kosten zu erwirken.

Herr Weber nahm Bezug auf die Thematik der Übereignung der Einrichtungen an die Vereine. Ein ganz wesentlicher Punkt, der seiner Meinung nach immer wieder unterschätzt werde sei, dass die Kreditmöglichkeiten für die Vereine dadurch auch erstmals gegeben würden. Diese Situation habe man noch nicht und die Stadt selbst werde mit ihren Investitionen bei Weitem nicht mehr hinterherkommen, um den Bedürfnissen der Vereine nachzukommen. Dies sei für ihn auch Anlass, Kritik an dieser Vorlage als solches zu üben, so Herr Weber. Er finde sie nicht umfassend genug vorbereitet. Der formulierte Beschlussvorschlag werde schon allein durch die inhaltliche Begründung in Frage gestellt.

Herr Schönemann erklärte, dass man diesbezüglich Prioritäten setzen und vor allen Dingen mit den Betroffenen reden müsse. Seine Fraktion werde sich gern in diese Richtung einbringen. Eine pauschale Entscheidung jedoch werde nicht mitgetragen. Er wolle dem Fachamt die Möglichkeit bieten, diese Entscheidung zu qualifizieren. Die Gesprächsbereitschaft sei seiner Meinung nach in den Vereinen selbst und auch im Stadt-sportbund vorhanden.

Herr Giese-Rehm gab zu bedenken, dass hier die großen Positionen, wie beispielsweise die Personalkosten, über die Betriebskosten nicht erfasst werden. Im Weiteren wurden mit der Sportstättenentwicklungskonzeption im März dieses Jahres Sofortmaßnahmen beschlossen, wie die Ausgliederung der Sport- und Freizeiteinrichtung Rehsumpf sowie Hinterer Tiergarten und Kegelsportanlagen. Wenn man diese Maßnahmen, einschließlich Sportplatz Schaftrift zusammennehme, dann habe man seiner Meinung nach den Konsolidierungsbeitrag schon fast erfüllt.

Herr Weber stimmte den Ausführungen von Herrn Schönemann zu. Er selbst sei der Meinung, dass man den Druck, den man damit gegenüber den Vereinen erzeuge, aufrecht erhalten sollte. Man sollte für den städtischen Haushalt diesen grundsätzlichen Weg aufzeigen. Die Summe sei eine machbare Summe. Nun müsse eine intensive Gesprächsarbeit erfolgen und er sei fast überzeugt davon, dass die damit entfesselten Kräfte vielleicht noch über diesen Beitrag hinausgehen können.

Herr Kleinschmidt erfragte, inwieweit bereits jetzt eine Tendenz für das Jahr 2010 abzulesen sei. Aufgrund der bestehenden Haushaltssperre müsste es seiner Meinung nach in diesem Bereich zu Einsparungen gekommen sein. Die Frage sei, wie die Vereine mit dieser Situation in 2010 umgegangen seien. Im Weiteren vertrete er die Meinung, dass die hier in Rede stehende Summe machbar sei, immer unter der Maßgabe der Zusage des OB, in Härtefällen die Unterstützung der Stadt zu versichern.

Herr Hirsch erklärte auf die Anfrage von Herrn Kleinschmidt, dass die reinen Betriebskosten bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ca. 160.000,00 EUR betragen, ohne Zuschussung für Werterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen. Im Weiteren werden noch ca. 10.000,00 EUR für vom Landesverwaltungsamt genehmigte Sanierungsmaßnahmen als Eigenanteil der Stadt benötigt, so dass in diesem Jahr ca. 170.000,00 EUR Mittel bewilligt und ausgereicht wurden. Weitere Maßnahmen müssen in das nächste Jahr geschoben werden. Generell zur Thematik sei noch anzumerken, so Herr Hirsch, dass die Vereine selbstverständlich sparen wollen, was seinen Ausführungen in der Sitzung am 07.09.2010 zu entnehmen war. So gebe es viele Vereine, die bereits Kredite bedienen, weil sie ohne diese Kredite die Sportstätten nicht mehr bewirtschaften können. Im Weiteren werde täglich mit den Sportvereinen genau über die Probleme der Sportentwicklung und der Sportplatzbewirtschaftung gesprochen. Es werde also immer nach Lösungen für die Vereine gesucht. Zur Thematik Betriebskostenumlage für Vereinsmitglieder sei zu sagen, dass die Vereine dies bereits seit geraumer Zeit so praktizieren, weil sie ansonsten nicht mehr in der Lage wären, diese Kosten zu schultern.

Was die hier geforderte Differenzierung bei der Betrachtung der Vereine anbetreffe, so Herr Hirsch, stecke hierin nicht die erwartete Substanz. Die sog. elitären Vereine werden in weitaus geringerem Maße bezuschusst. Man sehe an diesen Ausführungen, dass die Vereine selbst täglich für ihren Erhalt kämpfen.

Herr Bönecke pflichtete Herrn Weber bei, dass die Stadt den Druck gegenüber den Vereinen aufrechterhalten sollte. Es gebe zum einen zwei Wege, worüber der Konsolidierungsbeitrag erreicht werden könnte und zum anderen gebe es als „Fangnetz“ die Zusicherung des Oberbürgermeisters, im Einzel- und/oder Härtefall den Vereinen zur Seite zu stehen. Vor diesem Hintergrund sollten die Ausschüsse dieser Vorlage zustimmen. An Frau Storz gerichtet erfragte Herr Bönecke nochmals, ob der von ihr vorgebrachte Antrag als Änderungsantrag zu verstehen sei, d. h. die Mittel für die Jahre 2010 und 2011 auf den Betrag der tatsächlichen Inanspruchnahme des Jahres 2009 festzuschreiben.

Frau Storz bejahte dies, d. h. die Festschreibung der Mittel auf die Ist-Inanspruchnahme des Jahres 2009 i. H. v. 179.701,67 EUR.

Herr Schönemann machte an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass die Thematik mehr als erschöpfend diskutiert wurde. Die verschiedenen Standpunkte wurden verdeutlicht. Seine Fraktion spreche sich gegen eine Pauschalierung aus, sei aber bereit die Qualifizierung dieser Thematik mit zu begleiten, d. h. Gespräche mit den Vereinen und dem Stadtsporthund zu führen.

Herr Ehm erklärte, dass seiner Meinung nach eine Kompromisslösung gefunden werden müsse. Er könne sich vorstellen, in Höhe der bisherigen Ist-Inanspruchnahme i. H. v. 160.000,00 EUR die Mittel für die Vereine zur Verfügung zu stellen. Dies reduziere die Haushaltskonsolidierung zwar etwas, setze damit aber ein deutliches Zeichen für die Zukunft. Diesen Vorschlag wolle er als Änderungsvorschlag behandelt wissen, so Herr Ehm.

Frau Andrich nahm Bezug auf die Anmerkung des Herrn Koschig zur Aussage von Herrn Ehm, eine Festschreibung der Mittel für 5 Jahre vorzunehmen und erfragte, inwieweit solches unter Beachtung der Entwicklung der Energiepreise überhaupt möglich sei und die von Frau Storz vorgeschlagene Variante nicht günstiger sei.

Frau Nußbeck erklärte, dass aus rechtlicher Sicht eine Festschreibung auf 5 Jahre nicht möglich sei, da der Rat in jedem Jahr ein neues Budgetrecht habe. An dieser stelle wies sie darauf hin, dass für den Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung eine Mittelzurverfügungstellung ohnehin nur begrenzt möglich sei.

Herr Giese-Rehm warb nochmals für den Vorschlag von Frau Storz. Dieser bringe einen gewissen Spielraum und bringe die Vereine nicht in die Situation, möglicherweise beantragte Fördermittel bzw. bereits erhaltene Fördermittel nicht zu erhalten bzw. zurückgeben zu müssen. Die Zielrichtung sei jedoch, für die kommenden Jahre die Zuschusszahlungen wie geplant zu reduzieren.

Herr Maloszyk erklärte, dass der Vorschlag von Herrn Ehm tragbar sei. Was eine zeitliche Bindung anbetreffe sei dies rechtlich nicht möglich. Man sollte, sofern es Mehrheiten für diesen Vorschlag gebe, unbedingt darauf hinweisen, dass weitere Einsparungen notwendig seien.

Herr Bönecke nahm Bezug auf die der Vorlage beigefügten Übersicht über die Sportstätten. Er vermisse die Angaben zu den einzelnen Zuschüssen und erbat zur Sitzung am 16.09.2010 die entsprechenden Ergänzungen.

Die entsprechende Übersicht ist Bestandteil des heutigen Sitzungsprotokolls.

Es wurden keine weiteren Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

Herr Bönecke stellte den Änderungsantrag von Frau Storz, die Mittel für die Jahre 2010 und 2011 auf den Betrag der tatsächlichen Inanspruchnahme des Jahres 2009 i. H. v. 179.701,67 EUR festzuschreiben für die Mitglieder des Finanzausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5/4/0 – mehrheitlich zugestimmt

Aufgrund dessen, dass der Änderungsantrag von Frau Storz der Antrag mit der weitergehendsten Abweichung vom Beschlussvorschlag sei, müsse der Finanzausschuss nicht über den Änderungsantrag von Herrn Ehm abstimmen.

Herr Bönecke stellte die geänderte Beschlussvorlage gemäß der beschlossenen Änderung für die Mitglieder des Finanzausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5/2/2 – mehrheitlich zugestimmt

Herr Koschig stellte den Änderungsantrag von Frau Storz, die Mittel für die Jahre 2010 und 2011 auf den Betrag der tatsächlichen Inanspruchnahme des Jahres 2009 i. H. v. 179.701,67 EUR festzuschreiben für die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5/5/0 - abgelehnt

Im Weiteren stellte **Herr Koschig** den Änderungsantrag von Herrn Ehm, in Höhe der bisherigen Ist-Inanspruchnahme i. H. v. 160.000,00 EUR die Mittel für die Vereine zur Verfügung zu stellen für die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5/5/0 – abgelehnt

Herr Koschig stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 2/6/2 – abgelehnt

Weitere Anfragen und Wortmeldungen zur Beschlussvorlage wurden nicht vorgebracht.

3. DR/BV/322/2010/V-40

Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung – Vorschlag Nr. 57140 Reduzierung einer Stelle im Erlebnisbad Roßlau

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses für Kultur, Bildung und Sport:

6/0/3 – mehrheitlich zugestimmt

Herr Weber erfragte, um welche konkrete Stelle es sich hier handele.

Herr Hirsch erklärte, dass es sich hierbei um eine Schwimmmeisterstelle handele. Diese Stelle sei momentan noch besetzt, werde aber abgebaut.

Herr Weber erfragte weiter, ob diese Stelle schon immer in diesem Bad vorhanden gewesen sei. **Herr Hirsch** erklärte, dass bei Übernahme des Bäderbereiches diese Stelle vorhanden und besetzt war.

Frau Storz nahm nochmals Bezug auf die zur Sitzung am 07.09.2010 festgestellten Unstimmigkeiten bei den Personalkosten in diesem Bereich. Eine Klärung wurde zugesagt und erfolge offenbar über den Stellenabbau. Unstimmig sei für sie insgesamt die Darstellung der Personalkosten in diesem Bereich. Insofern werde hier an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass schnellstmöglich eine transparente und der tatsächlichen Situation entsprechende Darstellung erfolge.

Im Weiteren wurde der Beschlussvorschlag Nr. 2 um die Beachtung der eingelegten Namensaktien ergänzt. Es wurde Einigkeit darüber erzielt, dass bevor einer Übertragung zugestimmt werden solle vorher der Verbleib dieser Aktien geprüft werden müsse sowie auch die steuerneutrale Rückführung der eingelegten Zuschüsse.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Finanzausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8/0/1 – mehrheitlich zugestimmt

Herr Koschig stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0 – einstimmig zugestimmt

4. DR/BV/318/2010/V-40 - Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung – Vorschlag Nr. 57210 – Südschwimmhalle Schließung der Halle, Verlagerung Schulschwimmen in die Stadtschwimmhalle

Abstimmungsergebnis der Sondersitzung des Sonderausschusses für Kultur, Bildung und Sport:

8/0/0 – einstimmig zugestimmt

Herr Weber nahm Bezug auf Informationen aus der Themendiskussion im Kulturausschuss und auch in der Sitzung am 07.09.2010 und erklärte, dass für ihn nicht nachvollzogen werden könne, von welcher hohen Fördermittelintensität ausgegangen werde. Diese werde lediglich zur Hälfte durch eine Zusage untersetzt.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Finanzausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7/2/0 – mehrheitlich zugestimmt

Herr Koschig stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8/2/0 – mehrheitlich zugestimmt

5. DR/BV/319/2010/V-40 – Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung – Vorschlag Nr. 57100 – Veräußerung Waldbad

Abstimmungsergebnis der Sondersitzung des Sonderausschusses für Kultur, Bildung und Sport:

5/0/3 – mehrheitlich zugestimmt

Herr Weber bat um zeitnahe Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Verpachtung des Waldbades für die Stadt.

Herr Koschig sagte dies zu.

Herr Schönemann brachte erneut zum Ausdruck, dass seine Fraktion einer Verpachtung den Vorzug gebe.

Herr Bönecke führte aus, dass man möglicherweise auch über einen Teilverkauf von Flächen und eine Verpachtung des Bäderbetriebes nachdenken sollte.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Herr Bönecke stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Finanzausschusses zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 9/0/0 – einstimmig zugestimmt

Herr Koschig stellte die Beschlussvorlage für die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 10/0/0 – einstimmig zugestimmt

4.1. Haushaltssatzung 2010/Haushaltsplan 2010/Finanzplan 2010/Stellenplan 2010

4.1.1. Haushaltskonsolidierung 2010 und Folgejahre

4.1.1.1 Haushaltskonsolidierung und Verwaltungshaushalt – Einzelpläne 3 und 4

**Einzelplan 3 – Verwaltungshaushalt – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege
Seiten 305 bis 338
Haushaltskonsolidierungskonzept, Seiten 1529 bis 1591**

Haushaltskonsolidierung, Vorschlag 35200 – Anhaltische Landesbücherei

Herr Giese-Rehm nahm Bezug auf diesen Einsparvorschlag und erfragte, wie in dieser Situation die Sicherstellung dieser Medien in der Stadt erfolgen solle. Der Vorschlag selbst bedarf seiner Meinung nach noch einer genaueren Untersetzung, bevor hierzu eine Entscheidung erfolgen könne.

**Verwaltungshaushalt,
Abschnitt 30000, Unterabschnitt 40000
– Personalausgaben Amt für Kultur, und Sport
Abschnitt 35000, Unterabschnitt 40000
- Personalkosten Volkshochschule**

Herr Bönecke nahm Bezug auf die Ausgabepositionen Personalkosten und erfragte die Gründe für die deutlichen Personalkostenaufwüchse.

Frau Nußbeck erklärte, dass es sich im Abschnitt 30000 um die Stelle des Kulturamtsleiters handele, d. h. der bisherige Stelleninhaber sich in Altersteilzeit befinde und durch die Neubesetzung wieder voll in den Kosten sei. Im Übrigen ziehen sich durch den gesamten Plan die Kostenerhöhungen durch den Ablauf des Tarifvertrages, d. h. die Stundenerhöhung ab 01.11.2010 auf 40 Stunden.

Die Volkshochschule betreffend werden die entsprechenden Informationen nachgereicht.

**Abschnitt 32116, Unterabschnitt 40000 – Heimatstube Rodleben
Abschnitt 32100 – „Historisches Klassenzimmer“ Grundschule Meinsdorf**

Herr Bönecke erbat weiterführende Informationen die Besetzung der Stelle durch Umsetzung nach genehmigtem Stellenantrag betreffend. Im Weiteren nahm er Bezug auf den Zuschussbedarf für das Historische Klassenzimmer in Meinsdorf und erbat Prüfung, inwieweit dies möglicherweise in ehrenamtliche Arbeit übergeführt werden könnte.

Herr Rumpf erläuterte zur Anfrage die Heimatstube Rodleben betreffend, dass es sich hier um eine Umsetzung handele. Die betreffende Stelle war bereits vorhanden, bisher nicht besetzt und eine Mitarbeiterin des Bürgerbüros Rodleben wurde nach dessen Schließung auf diese Stelle umgesetzt. Der Aufgabenumfang dieser Stelle umfasst die Seniorenbetreuung und die Arbeit im Bürgeramt in Roßlau.

**Unterabschnitt 32140
Stadtarchiv, Lange Gasse 22, Schlossplatz und Luchplatz**

Frau Storz machte auf die Bedeutung des Stadtarchivs für die Stadt aufmerksam. Ungünstig sei der immer noch anhaltende Zustand der Zersplitterung dieser Einrichtungen auf mehrere Gebäude. Vor Jahren gab es bereits eine Initiative, unter Einbeziehung der Schade-Brauerei, die leider nicht im Eigentum der Stadt stehe, das Stadtarchiv an einer einzigen Stelle zu zentralisieren und somit die räumlichen und auch klimatischen Probleme zu lösen. Vorgesehen sei der Abbau von 2 Stellen. Sicher treffe Stellenabbau alle, so Frau Storz, aber man sollte versuchen, diesen Stellenabbau auch mit entsprechenden materiellen Voraussetzungen zu untersetzen, sei es die DV-Technik oder eben räumlich.

An dieser Stelle formulierte Frau Storz den Auftrag an die zuständigen Beigeordneten zu prüfen, inwieweit eine Zentralisierung des Stadtarchivs unter Einbeziehung der Schade-Brauerei zum heutigen Zeitpunkt möglich ist.

Herr Schönemann erklärte, dass die angesprochene Thematik ein echtes Problem darstelle. Die Stadt habe die Pflichtaufgabe zur Aufbewahrung entsprechender Dokumente. Gegenwärtig kann dies der zuständige Bereich nur bedingt erfüllen.

Ob es zur Findung einer ganzheitlichen Lösung die Schade-Brauerei sein könne, müsse geprüft werden und im Weiteren auch, ob die Stadt die finanziellen Voraussetzungen leisten könne. Seiner Meinung nach könne dies nur über Synergien gemeinsam mit anderen Investoren zusammen erfolgen. Er plädierte dafür, dieses Thema tiefgründiger zu betrachten, um der gesetzlichen Pflicht nachzukommen.

Weitere Anfragen und Informationen zum Einzelplan 3 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung, Verwaltungshaushalt, Seiten 339 bis 416 Haushaltskonsolidierungskonzept Seiten 1539 bis 1642

Zum Einzelplan 4 wurden keine Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

4.2. Prüfaufträge Jugendhilfe, Kindereinrichtungen, sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe

4.2.1. Haushaltskonsolidierung 2010 in der Haushaltsstelle 4515.76010 Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger im Rahmen der Anpassung an die demographische Entwicklung in Höhe von 100.000 € Vorlage: DR/BV/314/2010/V-51

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass die vorliegende Beschlussvorlage Thema einer außerordentlichen Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und des Jugendhilfeausschusses war. Zur Wiedergabe des Ergebnisses erbat er das Wort für Frau Theune, Vorsitzendes des Unterausschusses des Jugendhilfeausschusses.

Frau Theune erklärte, dass im Ergebnis des Sonderausschusses sich die Ausschussmitglieder dahingehend positionierten, dass den Empfehlungen der Verwaltung zur Erbringung der Einsparsumme nicht gefolgt werden könne. Im Weiteren sprach sich der Ausschuss gegen die Einsparungen insgesamt im Bereich der Freien Träger aus. Dies würde nach dessen Meinung einen schweren Einschnitt in der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Dessau bedeuten, bis hin zu Schließungen von Einrichtungen.

Herr Koschig fasste zusammen, dass dies bedeute, dass auf diesem Gebiet keine Haushaltskonsolidierung möglich sein werde. **Frau Theune** bejahte dies.

Herr Bönecke machte deutlich, dass auch die Freien Träger der Jugendhilfe eine Verantwortung gegenüber dem Haushalt der Stadt haben. Es stelle sich die Frage, inwieweit es überhaupt ein erkennbares Bemühen seitens der Freien Träger gab, zur Haushaltskonsolidierung beizutragen.

Frau Theune erklärte, dass die Freien Träger bereits in diesem Jahr eine Einsparung von ca. 20.000,00 EUR erbracht haben.

Herr Weber erklärte, dass dieser Teil des Haushaltes für ihn am Schwersten zu betrachten sei, da er selbst mehrere Jahre Mitglied des Jugendhilfeausschusses war. Der Jugendhilfeausschuss sei ein ganz besonderer Ausschuss. Er sei ein nicht rein politischer Ausschuss, sondern Bestandteil der Verwaltung des Jugendamtes. Insofern müsse er sagen, dass die Betrachtung des Haushaltes der Stadt dort nicht ausgeblendet werden könne. Es gab in den letzten 10 Jahren ernsthafte Bestrebungen, diesen Haushalt zeitnah und gezielter zu betrachten, um Jugend, Soziales, Sport und Senioren nicht kürzen zu müssen. In all den Jahren, so Herr Weber, habe es aus diesen Bereichen aber auch keine Initiativen für Alternativen gegeben.

Klar sei, dass in allen Bereichen gekürzt werde, da es ansonsten keinen Haushalt gebe. In diesem Falle werden auch die Zuschüsse an die Freien Träger nicht fließen können. So klar sei die Aufgabenstellung definiert.

Auf der anderen Seite sei die vorliegende Beschlussvorlage inhaltlich nicht qualifiziert, so Herr Weber weiter. Pauschale Kürzungen halte er nicht für richtig. 2 wesentliche Positionen müssen nach seiner Meinung viel stärker betrachtet werden, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Zum einen sei dies das Alternative Jugendzentrum. Hier gebe es in Bezug auf das Gesamtangebot an die allgemeine Jugendarbeit das eingeschränkteste Angebot. Dort werde nicht eine breite allgemeine Gruppe von Jugendlichen angesprochen. Die Verwaltung müsse stärker darüber nachdenken, dass in jedem Falle die Jugendrichtungen erhalten bleiben, die der breiten allgemeinen Jugendarbeit gewidmet seien. Im Weiteren erhalte das Urbanistische Bildungswerk den größten Einzelzuschuss. Im Einzugsgebiet dieses Bildungswerkes gebe es aber eine Vielzahl von ähnlichen und gleichen Angeboten, so dass man unter diesem Gesichtspunkt die Zuschusshöhe an das Urbanistische Bildungswerk betrachten müsse.

Im Ergebnis einer tiefgründigeren Betrachtung dieses Bereiches müsse man seiner Meinung nach die Jugendarbeit insgesamt in der Breite anders aufstellen. Freie Initiativen müssen stärker gefördert werden um Freiräume zu schaffen für mehr Angebote für Jugendliche.

Herr Giese-Rehm erklärte, dass in den zurückliegenden Jahren die Freien Träger immer kurz gehalten wurden. Beispielsweise die Personalkosten seien im Vergleich zum Öffentlichen Dienst ungleich niedriger. Es gebe über all die Jahre bereits eine Minderfinanzierung in den Freizeiteinrichtungen, die man im Öffentlichen Dienst so nicht habe. In den vergangenen Jahren habe dieser Bereich immer seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen geleistet. Letztlich komme er zu dem Punkt, an dem er die Absetzung der Beschlussvorlage begehrte. Ende 2009 bereits wurde darauf hingewiesen, dass die Planung der Jugendfreizeitstätten auslaufe. Diese sei für den Zeitraum 2005 bis 2009 beschlossen worden. Trotzdem sei ein ganzes Jahr nichts in dieser Richtung unternommen worden. Wenn die Datengrundlage fehle, heute bezeichne man dies als Demographie, dann sei nachvollziehbar, dass der Ausschuss pauschale Kürzungen ablehne. Er appellierte an die Ausschüsse, diesen Druck jetzt nicht aufzubauen und pauschale Kürzungen vorzunehmen. Dafür sei eine neue Konzeption der Jugendarbeit erforderlich. Er bat von der heutigen Beschlussfassung abzusehen und erst die Konzeption der Jugendarbeit fortschreiben bzw. überarbeiten zu lassen, um dann in 2011 die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Frau Andrich stimmte den Aussagen des Herrn Giese-Rehm zu. Ihrer Meinung nach fehle in der Beschlussvorlage eine Darstellung der Aufteilung sog. sozialer Brennpunkte, d. h. eine konkrete Aufschlüsselung nach Familien mit Kindern, welche Familien Leistungsempfänger der Stadt seien. Im Weiteren nahm sie Bezug auf die Aussagen des Herrn Weber zum Alternativen Jugendzentrum. Die Landespolitik räume diesen Einrichtungen einen hohen Stellenwert ein. Jeder Träger der hier aufgeführt sei, so Frau Andrich, habe seine Berechtigung. In allen diesen Einrichtungen werde eine wertvolle Arbeit auf dem Gebiet der Jugendarbeit geleistet. Kommunal sei diese Arbeit nicht in dieser Qualität leistbar.

Herr Schönemann betonte, dass ein Gegeneinanderaufwiegen von Einrichtungen der falsche Ansatz sei. Sie leisten insgesamt eine der Stadt dienliche Arbeit in den jeweiligen Quartieren. Er sehe die zu erstellende Konzeption im Rahmen der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes Sozialkonzept der Stadt.

Dies müsse auf die Quartiere und die notwendigen Aufwendungen für bestimmte Zielgruppen in Form von Prävention u. a. m. bezogen werden. Er plädiere für die konzentrierte und straffe Neuerarbeitung der Konzeption der Jugendhilfearbeit, allerdings eingebunden in das Sozialkonzept der Stadt.

Herr Weber stellte gegenüber Frau Andrich klar, dass seine Aussagen das Alternative Jugendzentrum betreffend keinen politischen Hintergrund haben. Es gehe darum, in welchen Einrichtungen breite Gruppen von Jugendlichen in den Quartieren angesprochen. Das Alternative Jugendzentrum sei unstrittig ebenfalls wichtig, es gehe aber darum, in den Quartieren allgemeine Jugendarbeit zu leisten und zu gewährleisten werden und das mit den vorhandenen Mitteln.

Herr Bönecke nahm Bezug auf das Thema Budgetrecht und machte deutlich, dass es der Stadtrat sei, der dem Jugendhilfeausschuss sein Budget zuweise. In diesem Rahmen müsse dann die konzeptionelle Arbeit geleistet werden, um die Jugendhilfe zu leisten. Der Stadtrat setze hier also die Eckpfeiler. Auch müsse der Rat hinterfragen, wie von Herrn Weber bereits ausgeführt, in welchem Rahmen Zuschüsse an Freie Träger gezahlt werden, wo im selben Quartier eine Reihe von kommunalen Einrichtungen die gleichen Angebote bieten. Wichtig und Grundlage für heutige und kommende Entscheidungen sei die konzeptionelle Arbeit auch des Jugendhilfeausschusses. Aus diesem Grund plädiere er für die Beschlussfassung zur heutigen Vorlage, um auf diesem Wege auch die konzeptionelle Arbeit voranzutreiben.

Herr Trocha machte an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass die Anlage 2 der Beschlussvorlage fehle. **Herr Koschig** sagte eine entsprechende Ergänzung zu.

Herr Giese-Rehm machte an dieser Stelle auf den durch seine Fraktion eingebrachten Vorschlag die Bezuschussung der Jugendarbeit betreffend. Es wurde vorgeschlagen, die noch städtischen Einrichtungen der Jugendarbeit in freie Trägerschaft überzuführen und die Bezuschussung dieser Einrichtungen der für die Freien Träger anzupassen. Er bat an dieser Stelle um Überprüfung dieses Vorschlages.

Herr Dr. Raschpichler nahm Bezug auf die bisher geführte Diskussion und wies darauf hin, dass er bezüglich der Terminsetzung für die Jugendhilfeplanung für das Jahr 2011 Bedenken gegenüber dem Jugendhilfeausschuss geäußert habe. Es sei ihm bewusst, dass dieser Komplex einer zeitnahen Betrachtung bedarf.

Im Weiteren nahm er auf die Ausführungen zum Budgetrecht des Stadtrates Bezug. Innerhalb dieses Budgets entscheide der Jugendhilfeausschuss eigenständig. Dabei spreche man aber nicht davon, dass in jedem Ausschuss jedes Thema beraten werden müsse, d. h. dass diese Themen im zuständigen Fachausschuss – hier dem Jugendhilfeausschuss – beraten und entschieden werden müssen.

Er sagte zu, in den nächsten 4 Wochen die Eckdaten für eine vorgezogene Planung der Jugendfreizeiteinrichtungen vorzulegen. Im Ergebnis dessen werde dann deutlich, inwieweit ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in welcher Höhe denkbar sei.

Herr Weber stellte den Antrag auf Erweiterung der Beschlussvorlage um den Vorschlag von Herrn Dr. Raschpichler, d. h. dass die Begründung dahingehend ergänzt werde.

Herr Schönemann beantragte die Vertagung der Entscheidung zum vorliegenden Beschlussvorschlag bis zur Vorlage der qualifizierten Unterlagen und des Angebotes des Jugendhilfeausschusses.

Herr Bönecke verwies darauf, dass die Beschlussvorlage einige Zeit bekannt sei. Es fehlen jegliche Untersetzungen aus dem Jugendhilfeausschuss. Es gebe nur die Aussage, dass einer Reduzierung des Zuschusses nicht zugestimmt werden und aus diesem Grund spreche er sich ausdrücklich gegen einen Vertagungsantrag aus.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Im Weiteren wurden die Anträge zur Abstimmung vorgeschlagen.

1. Antrag des Herrn Schönemann auf Vertagung der Entscheidung bis zur Vorlage der qualifizierten Unterlagen und des Angebotes des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 3/6/0 – mehrheitlich abgelehnt
Haupt- und Personalausschuss: 3/5/2 – mehrheitlich abgelehnt

2. Antrag des Herrn Weber auf Ergänzung der Begründung um die Aussagen von Herrn Dr. Raschpichler zur Vorlage einer vorgezogenen Planung der Jugendfreizeiteinrichtungen innerhalb der nächsten 4 Wochen und einem Vorschlag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltskonsolidierung innerhalb der nächsten 6 Wochen.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 4/4/1 – mehrheitlich abgelehnt
Haupt- und Personalausschuss: 5/4/1 – zugestimmt

Abschließend wurde der vorliegende Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 6/3/0 – mehrheitlich zugestimmt
Haupt- und Personalausschuss: 7/3/0 – mehrheitlich zugestimmt

4.3. Bibliotheken

- 4.3.1. **Prüfauftrag zur HHK - 35200
Aufgabenreduzierung lt. Haushaltskonsolidierung in der Anhaltischen Landesbücherei Dessau durch Umwandlung der Stadtteilbibliotheken Ziebigk, Zoberberg und Süd in Schulbibliotheken
Vorlage: DR/BV/302/2010/V-41**

Es wurden keine Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses Kultur, Bildung und Sport:

7/2/0 – mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 7/3/0 – mehrheitlich zugestimmt
Finanzausschuss: 6/3/0 – mehrheitlich zugestimmt

4.4. Prüfauftrag zur HHK - 33200
Realisierung kostendeckender Veranstaltungen oder erhebliche Nutzungseinschränkungen in der Marienkirche
Vorlage: DR/BV/305/2010/V-41

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses Kultur, Bildung und Sport:

7/0/1 – mehrheitlich zugestimmt

Frau Storz betonte die Bedeutung der Marienkirche für die Stadt. Es sei ein Ort, der sozusagen zwischen Kirche und Kommune (KuK-Halle) stehe. Der Erhalt, die Bewirtschaftung und auch die sinnvolle Nutzung dieser städtischen Aula im Herzen von Dessau-Roßlau sei ein wichtiger Punkt. Wenn hier gespart werden müsse, dann sei das einzusehen, so Frau Storz und man könne dem Beschlussvorschlag durchaus beitreten. Jedoch möchte sie zu diesem Thema eine Anregung geben, die sie als Prüfauftrag verstanden haben wolle.

Die Stadt habe ein sehr leistungsfähiges Theater, welches über ein sehr gutes vorhandenes technisches und personelles Know how verfüge. Es liege nahe, die Marienkirche dem Anhaltischen Theater zuzuordnen. Damit wäre ihrer Meinung nach eine professionelle Bewirtschaftung gesichert.

Hinsichtlich der durch **Herrn Weber** geäußerten Bedenken führte **Frau Storz** weiter aus, dass hier Synergieeffekte entstehen. Auf der einen Seite finde sich das personelle und technische Potential des Anhaltischen Theaters, welches genutzt werden könne und andererseits können durch die Zuordnung zum Theater und die Einbeziehung der Marienkirche als Spielort zusätzliche Einnahmen generiert werden.

Herr Dr. Raschpichler erklärte, dass er die Anregung von Frau Storz als Prüfauftrag verstanden und aufgenommen habe. Im Übrigen werde es in der Sitzung des Sonderausschusses am 22.09.2010 die Marienkirche betreffend einen weiteren Prüfauftrag geben. Möglicherweise seien diese kombinierbar und erbringen für die Stadt ein entsprechendes Potential.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Herr Koschig und Herr Bönecke stellten den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10/0/0 – einstimmig

Finanzausschuss: 9/0/0 – einstimmig

4.5. Prüfauftrag zur HHK - 43900
Reduzierung von 2,7 Stellen im JKS Krötenhof
Vorlage: DR/BV/306/2010/V-41

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses Kultur, Bildung und Sport:

7/0/0 – einstimmig

Es wurden keine Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	7/0/3 – mehrheitlich zugestimmt
Finanzausschuss:	6/0/3 – mehrheitlich zugestimmt

4.6. Übrige Einrichtungen

**4.6.1. Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung - Vorschlag Nr. 35000
Erhöhung des Unterrichtsentgeltes in der Volkshochschule
Vorlage: DR/BV/323/2010/V-40**

Abstimmungsergebnis des Sonderausschusses Kultur, Bildung und Sport:

9/0/0 - einstimmig

Frau Storz erfragte die Gründe der reduzierten sonstigen Einnahmen um 50 %. **Herr Wolfram** erläuterte, dass aus der staatlichen Förderung Einnahmen für ein Hauptschulprojekt eingeplant waren. Dieses Projekt kam nicht zustande. Aus diesem Grund sind die Einnahmen nicht geflossen. Das Projekt beinhaltete den nachzuholenden Hauptschulabschluss für sozial betreute Schülerinnen und Schüler.

Weitere Anfragen und Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss:	9/0/0 – einstimmig zugestimmt
Haupt- und Personalausschuss:	10/0/0 – einstimmig zugestimmt

**4.6.2. Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung im UA 48400
Einstellung der Teilnahme am Bundesprogramm Kommunal Kombi ab
2013/ vorfristige Beendigung der Maßnahme
Vorlage: DR/BV/324/2010/V**

Herr Dr. Raschpichler erläuterte die Beschlussvorlage inhaltlich.

Frau Andrich erfragte, wie viel die Stadt aus den Kosten der Unterkunft eingespart habe. **Frau Wirth** erklärte, dass dieses Programm der Stadt jährlich 156.000,00 EUR zusätzliche städtische Mittel koste. Hier seien die Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft bereits gegen gerechnet. **Frau Andrich** erfragte weiter, ob die Höhe der zusätzlichen Kosten auf die Übertragung an Freie Träger zurückzuführen sei. Nach ihren Informationen habe man in diesem Zusammenhang nach der ersten Evaluierung eine ganz erhebliche Einsparung zu verzeichnen gehabt. Diesbezüglich erbat sie detaillierte Aussagen zu den Hintergründen.

Frau Nußbeck schlug vor, sich diesem Thema nochmals gesondert zu widmen. Nach den letzten Informationen habe die Agentur für Arbeit eingeschätzt, dass die Effekte mehr dort eingetreten seien.

Herr Dr. Raschpichler bejahte diese Aussagen und erklärte, dass nach Beendigung des Programms versucht werde, eine detaillierte Darstellung der Einsparungen vorzulegen. Volkswirtschaftlich betrachtet, so Herr Dr. Raschpichler, sei dieses Programm ein voller Erfolg.

Es wurden keine weiteren Anfragen und Wortmeldungen vorgebracht.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss:	6/1/2 – mehrheitlich zugestimmt
Haupt- und Personalamt:	7/1/2 – mehrheitlich zugestimmt

7. Schließung der Sitzung

Dessau-Roßlau, 21.10.10

Matthias Bönecke
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Schriftführer